



## Erläuterungen zur Mustervorlage B2

-

### "Über- / Unterführungsbauwerk, Einfach, Variante Mitnutzung Kanton"

#### Anwendungsbereich:

Diese Mustervorlage (eine Mischform der Mustervorlagen A und B1) findet Anwendung, wenn ein Kreuzungsbauwerk, welches sich als Bestandteil der Nationalstrassen im Eigentum des Bundes befindet, nebst der Nationalstrasse auch noch andere Verkehrswege, Flüsse, Parzellen etc. des Kantons über- oder unterquert.

Sie kann aber auch angewendet werden, wenn die vertragliche Regelung mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts (z. B. Gemeinde) abgeschlossen werden soll. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn zwischen dem Kanton als bisherigem Eigentümer und der Gemeinde gestützt auf eine gesetzliche Bestimmung des kantonalen Rechts bisher keine Vereinbarung abgeschlossen werden musste.

Sie kann mit entsprechenden Modifikationen auch dann angewendet werden, wenn verschiedene Personen des öffentlichen Rechts betroffen sind.

Beispiel: Auf dem Überführungsbauwerk verläuft eine Gemeindestrasse. Das Überführungsbauwerk überquert zusätzlich zur Nationalstrasse noch eine Kantonsstrasse.

In diesen Fällen kann die Gemeinde als weitere Vertragspartei aufgeführt werden. Zusätzlich ist unter Ziffer 1 (letzter Satz des 2. Abschnitts), Ziffer 4 (zweiter Strich) und Ziffer 7 (erster Absatz, Ziffer 7.1 und 7.2 je zweiter Strich) der Begriff "Kanton" mit "Gemeinde" zu ersetzen. Die übrigen Ziffern bleiben unverändert.

Demgegenüber findet diese Mustervorlage **keine** Anwendung, wenn das Bauwerk

- nicht Bestandteil der Nationalstrasse ist (z. B. weil es nachträglich durch den Kanton erstellt worden ist, siehe Art. 2, Buchstabe b NSV) -> in diesem Fall ist die Vorlage B3 anzuwenden,

oder

- wenn es der Kanton ausdrücklich wünscht, auch in diesen Fällen den Standard-Vertrag (Mustervorlage A) zu verwenden. In diesem Falle ist darauf zu achten, dass die von der Standard-Version abweichenden Bestimmungen übernommen werden.

## Allgemeine Hinweise zur Erstellung des Vertrags

Für jedes Objekt ist ein einzelner Vertrag zu erstellen. Sammelverträge oder Rahmenverträge sind nicht zulässig. Zudem sind folgende Besonderheiten zu beachten:

- **Grau hinterlegte Felder** sind zwingend in jedem Falle zu ergänzen;
- *kursiv* dargestellte Felder sind individuell anzupassen oder zu beschreiben.

Von den übrigen Bestimmungen/Feldern darf ohne Einverständnis des Bereichs RDL nicht abgewichen werden. Ergänzungen auf Wunsch der Vertragspartner sind jedoch grundsätzlich zulässig. Es ist darauf zu achten, dass der Gesamtcharakter des Vertrags gewahrt bleibt und sich keine Widersprüche zu den vorgegebenen Texten ergeben. Die Ergänzungsvorschläge sind vor Unterzeichnung des Vertrages dem Bereich RDL zur Genehmigung zu unterbreiten.

Falls der Vertrag nicht mit dem Kanton, sondern mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts abgeschlossen werden soll, ist bei der Vertragsredaktion darauf zu achten, dass der Begriff "Kanton" im gesamten Dokument entsprechend ersetzt wird.

## **Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen:**

### **Ziffer 1: Ausgangslage**

Keine weiteren Erläuterungen notwendig.

### **Ziffer 2: Begriffe / Definitionen**

Für die Begriffe gibt es verschiedene und uneinheitliche Definitionen (so z. B. in SIA-Norm 469). Bezüglich der im Nationalstrassenrecht verwendeten Begriffe "Unterhalt" und "Betrieb" wird die Terminologie gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verwendet (siehe Art. 9 und Art. 10 MinVG bzw. die Ausführungsbestimmungen dazu in der MinVV). Um Missverständnissen vorzubeugen, werden im Vertrag diese gesetzlichen Begriffe verwendet.

### **Ziffer 3: Objektbeschreibung**

Hier ist das gesamte Objekt (inkl. Stützbauwerke, Widerlagerbauwerke mit Schleppplatten, Geländer, Leiteinrichtungen, Absturzsicherungen bei Überführungen; Wannen- und Stützbauwerke, Pumpwerke bei Unterführungen, seitliche Dämme etc.) möglichst detailliert zu beschreiben (technischer Beschrieb, Zweck etc., siehe dazu auch Faktenblatt "NSV Art. 2b - Überführungen und Unterführungen von Verkehrswegen Dritter" in den Hilfsmitteln). Für die spätere Interpretation ist zwingend ein Plan / Kartenausschnitt etc. aufzuführen, woraus das Objekt ersichtlich ist. Diese Unterlagen sind ebenfalls unter Ziffer 15 zu vermerken.

### **Ziffer 4: Eigentumsverhältnisse**

Ausgangslage bilden die Eigentumsverhältnisse gemäss Eintrag im Grundbuch. Es sind die dort aufgeführten Eigentumsverhältnisse (inkl. allfälliger Baurechtsverträge etc.) anzugeben. Ein entsprechender Auszug aus dem Katasterplan ist dem Vertrag beizulegen und unter Ziffer 15 als integrierender Bestandteil des Vertrags aufzuführen.

Es ist jedoch zu beachten, dass das Eigentum an den Grundstücken der Nationalstrasse kraft NFA-Gesetz auf den Bund übergegangen ist. Somit kann es in Einzelfällen vorkommen, dass diese Eigentumsübertragung grundbuchlich noch nicht vollzogen wurde (grundbuchlich noch im Eigentum des Kantons) aber sich das Grundstück dennoch bereits kraft Gesetz im Eigentum des Bundes befindet. In diesen Fällen ist dies unter Ziffer 4 zu präzisieren (z. B. "*... das Grundstück wird als Nationalstrassengrundstück in das Eigentum des Bundes übertragen*").

Sodann kann es vorkommen, dass sich erst bei den Verhandlungen herausstellt, dass sich ein Grundstück irrtümlicherweise (noch) nicht im Eigentum des Bundes befindet oder grundbuchlich noch Detailbereinigungen vorzunehmen sind. Solche Fälle sind dem Bereich RDL zu melden.

Bestehen Zweifel über die Eigentumsverhältnisse ist der kantonal zuständige Landerwerber bzw. der Bereich RDL zu kontaktieren.

Weiter ist unter dieser Ziffer möglichst detailliert aufzulisten, was ungeachtet der grundbuchlichen Regelung vertraglich im Eigentum des Kantons verbleiben soll:

- Standardmässig ist hier die Fahrbahn, bestehend aus Deckschicht, Bindschicht und die Entwässerungsvorkehrungen aufzunehmen.
- Daneben ist alles aufzulisten, was sonst noch im Eigentum des Kantons verbleiben soll, wie z. B. Beleuchtungseinrichtungen, Werbungen, Sicherheitseinrichtungen, Videoüberwachungsanlagen etc. (siehe dazu auch Faktenblatt "NSV Art. 2b – Überführungen und Unterführungen von Verkehrswegen Dritter" in den Hilfsmitteln).

### **Ziffer 5: Zuständigkeiten**

Hier wird einzig definiert, dass beide Vertragspartner für den Unterhalt und Betrieb ihres jeweiligen Eigentums verantwortlich sind.

## **Ziffer 6: Informationsaustausch**

Damit die Vertragsparteien über die notwendigen Arbeiten jederzeit auf dem Laufenden sind und die entsprechenden Budgets bereitstellen, Ergänzungswünsche bei Unterhaltsarbeiten einbringen können etc. ist ein ständiger Informationsaustausch, insbesondere vor Inangriffnahme grösserer Unterhaltsarbeiten, zwingend. Diese Verpflichtung soll hier vertraglich festgehalten werden.

## **Ziffer 7: Kostentragung / Abrechnung / Zahlungsfristen**

Vorerst wird hier festgehalten, dass der Kanton in Übereinstimmung mit Art. 9 Abs. 1 Bst. a MinVV die Kosten für die Fahrbahn und allfälliger weiterer Bestandteile in seinem Eigentum (gemäss Ziffer 4) trägt. Betreffend dem übrigen Bauwerk selber gilt folgende Regelung:

### **Ziffer 7.1: Unterhalt**

Absatz 1: Insbesondere bezüglich des kostenintensiveren Unterhalts ist eine einfache Kostenaufteilung in % der jeweils anfallenden Kosten zu bevorzugen.

Im Einzelfall oder auf Wunsch des Kantons ist es auch möglich, die Unterhaltskosten nicht nach den gesamten Kosten, sondern nach einem fixen Kostenteiler je Bauwerksteil festzulegen. In diesen Fällen ist Ziffer 7.1, Absatz 1, wie folgt zu ersetzen:

Variante 2:

#### **7.1 Unterhalt**

<sup>1</sup>Die Kosten für den Unterhalt werden je Bauwerksteil wie folgt aufgeteilt:

<u>Bauwerksteil</u>	<u>Anteil ASTRA in %</u>	<u>Anteil Kanton in %</u>
<u>(genauer Beschrieb der Bauwerksteile)</u>	0.00 %	0.00 %
	0.00 %	0.00 %
	0.00 %	0.00 %

<sup>2</sup>Das ASTRA stellt nach Beendigung der Arbeiten entsprechend Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

Absatz 2: Zu diesem Absatz sind keine Erläuterungen notwendig.

### **Ziffer 7.2: Betrieb**

Absatz 1: Auch betreffend die Aufteilung der Kosten für den Betrieb ist vorerst von einem %-Anteil auszugehen. Hier ist es aber ebenfalls möglich, einen fixen Kostenteiler je Bauwerksteil zu vereinbaren. Diesfalls kann die in den Erläuterungen zu Ziffer 7.1 aufgeführte Variante 2 auch für den Betrieb verwendet werden.

Absatz 2: Um den administrativen Aufwand zu senken (laufende Einzelrechnungen mit Nachweis der einzelnen Kosten) ist das ASTRA der Ansicht, dass ein so errechneter Anteil wenn möglich zu pauschalisieren und jährlich abzugelten ist. Dementsprechend wird im Standardtext nachfolgend diese Variante vorgeschlagen, wobei der pauschalisierte Betrag jeweils der Indexteuerung gemäss Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) anzupassen ist.

Falls dies nicht gewünscht wird, ist Ziffer 7.2, Absatz 2, wie folgt zu ersetzen:

Variante 3: kostenabhängige Abrechnung des Betriebs

<sup>2</sup>Die Kosten werden einmal jährlich anhand der effektiv entstandenen Kosten abgerechnet. Das ASTRA stellt hierzu unter Nachweis der effektiven Kosten jeweils Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

Absatz 3: Während davon auszugehen ist, dass die Kosten für den Unterhalt bisher bereits gegenseitig verrechnet wurden, ist beim Betrieb festzuhalten, dass der bisherige Kostenträger seine Kosten noch nachträglich und rückwirkend per 1. Januar 2008 in Rechnung stellen kann. Dies ist im letzten Absatz unter Ziffer 7 festgehalten. Im gegenseitigen Einvernehmen und wenn sachliche Gründe vorliegen, kann auf die Klammer in Absatz 3 verzichtet werden. Somit würden erstmals per 31.12.2010 für das Jahr 2010 Rechnung gestellt.

#### **Allgemeine Bemerkungen sowohl zum Unterhalt als auch zum Betrieb**

Ebenfalls denkbar (und seitens ASTRA bevorzugt!) ist die Variante, dass die Kostenbeteiligung einmalig und für die gesamte Lebensdauer des Werks abgegolten werden soll. Dies wahlweise für den Unterhalt und/oder für den Betrieb. Der zur Zahlung Verpflichtete hat den Betrag innert angemessener Frist zu bezahlen. Die Zahlungsmodalitäten können jedoch individuell ausgehandelt werden.

In diesem Falle sind Ziffer 7.1, Absatz 2, und/oder Ziffer 7.2, Absatz 3, wie folgt zu formulieren:

##### Variante 4: einmalige pauschale Abgeltung

Die Kostenbeteiligung des Kantons für den [ ] (Unterhalt oder Betrieb) wird einmalig mit einem Betrag von CHF 0.00 abgegolten. Das ASTRA stellt nach Abschluss der Vereinbarung eine entsprechende Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

##### oder

Die Kostenbeteiligung des Kantons für den [ ] (Unterhalt oder Betrieb) wird einmalig mit einem Betrag von CHF 0.00 abgegolten. Dieser Betrag wird wie folgt fällig:

##### (Zahlungsplan)

Das ASTRA stellt bei Fälligkeit entsprechend Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

#### **Ziffer 8: Mehrkosten für Änderungen am Objekt**

Unter dieser Ziffer wird der Grundgedanke von Artikel 8 Absatz 3 MinVG aufgenommen. Gemäss dieser Bestimmung hat der Kanton bei Nationalstrassenanlagen, die auf seinen Wunsch erstellt werden und die in seinem Interesse liegen, die Kosten zu tragen.

#### **Ziffer 9: Streitigkeiten über Kosten**

Obwohl das Potential für Streitigkeiten über die Kostenteilung aus diesem Vertrag durch die übrigen Bestimmungen weitgehend ausgeräumt werden sollte, ist es dennoch denkbar, dass solche Streitigkeiten auftauchen (z. B. bezüglich notwendiger Arbeiten und den daraus resultierenden Kosten). In diesen Fällen soll der in Artikel 8 Absatz 3 bzw. Artikel 9 Absatz 3 MinVV vorgesehene Weg der Verfügung durch das ASTRA vorbehalten bleiben. Für die übrigen Vertragsbestimmungen siehe Ziffer 13.

#### **Ziffer 10: Haftung**

Zu unterscheiden ist die Haftung zwischen den Vertragsparteien und die Haftung gegenüber Dritten.

Es gilt aufgrund der unterschiedlichen Eigentümerschaft/Zuständigkeiten gemäss Grundbuch und diesem Vertrag die Haftungsfragen und -folgen zwischen den Vertragsparteien zu klären. Dabei ist davon auszugehen, dass ein geschädigter Dritter seine Ansprüche gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere Artikel 58 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches [Fünfter Teil: Obligationenrecht], OR, SR 220 und/oder Artikel 679 in Verbindung mit Artikel 684 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, ZGB, SR 210) geltend machen wird.

Dementsprechend wird sich der geschädigte Dritte primär an den im Grundbuch eingetragenen Werkeigentümer (= in der Regel das ASTRA) richten. Dies auch, wenn der Schaden durch mangelhaften Unterhalt an Werksbestandteilen entstanden ist, die sich im Eigentum des Kantons befinden. Das ASTRA wird sich kaum unter Hinweis auf den vorliegenden Vertrag aus seiner Haftung befreien kön-

nen. Es ist aber auch denkbar, dass sich ein Geschädigter an den Kanton richtet, obwohl der Schaden aus mangelhaftem Unterhalt von Werksbestandteilen entstanden ist, die im Eigentum des ASTRA stehen.

Gestützt auf diese Ausgangslage wird folgendes Verfahren vertraglich festgelegt:

- soweit sich Ansprüche Dritter gegen eine der Vertragsparteien richten, ist diese grundsätzlich verpflichtet, die gerichtlichen und aussergerichtlichen Verhandlungen bzw. Verfahren zu führen. Ihr steht aber dann ein Rückgriffsrecht auf die Vertragspartei zu, wenn der Schaden durch Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung des Vertrags durch die andere Partei entstanden ist (Regress).
- um seine Interessen einbringen zu können, ist dem Regressbelasteten das Recht einzuräumen, seinerseits seine Argumente einzubringen und auf das Verfahren/die Verhandlungen einzuwirken.
- Im gegenseitigen Einverständnis kann die Verhandlungsführung vollumfänglich der regressbelasteten Partei delegiert werden. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn aufgrund der hier getroffenen vertraglichen Verpflichtungen offensichtlich ist, dass ein allfälliger Schaden durch die andere Vertragspartei verursacht wurde.

**Ziffer 11: Übertragung**

Keine Erläuterungen notwendig.

**Ziffer 12: Vertragsänderungen**

Keine Erläuterungen notwendig.

**Ziffer 13: Streitigkeiten**

Keine Erläuterungen notwendig.

**Ziffer 14: Inkrafttreten und Dauer**

Keine Erläuterungen notwendig.

**Ziffer 15: Anhänge**

Hier sind die unter den bisherigen Ziffern (insbesondere unter Ziffern 3 und 4) aufgeführten Dokumente anzuführen.